

### Thema der Woche

EFSI 2.0 fördert Investitionen & Innovationen

### In Kürze

Serbien und Montenegro machen Fortschritte im Beitrittsprozess:  
jeweils zwei neue Kapitel eröffnet

Informeller Kompromiss zum Vorschlag zur Grundqualifikation und  
Weiterbildung von Berufskraftfahrern erreicht

Rat stimmt Fast-Track-Elementen des Bankenreformpakets endgültig zu

### Neues aus der Kommission

Zwischenbilanz bei Struktur- und Investitionsfonds: Weitere Vereinfachungen  
notwendig

Kommission präsentiert zehn Initiativen für moderne und saubere Wirtschaft

### Neues aus anderen Bereichen

Neues interinstitutionelles Register zu Delegierten Rechtsakten Online

Einigung zu EU-Japan Wirtschaftsabkommen: Klares Bekenntnis zum Freihandel

Trilogieinigung zur Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente

### Neues aus den Verbänden

EUROCHAMBRES People Committee: Zukunft der Berufsbildung im Zentrum der Diskussionen

### Statistik der Woche

Daten und Fakten beschreiben Globalisierung von Handels- und Investitionstätigkeiten

### Jobs+Jobs+Jobs

EMSA sucht Procurement Officer und Finance and Budget Officer  
Europäische Chemikalienagentur sucht IT Officer  
SRB sucht Facilities Management Assistant

### EU-Agenda

EU-Kommission: 2237. Sitzung am 20. Dezember 2017  
EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche  
EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche  
EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

### Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich  
Av. de Cortenbergh 30  
B-1040 Brüssel  
Telefon: +32 2 286 58 80  
Internet: wko.at/eu

Redaktion:  
Franziska Annerl  
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

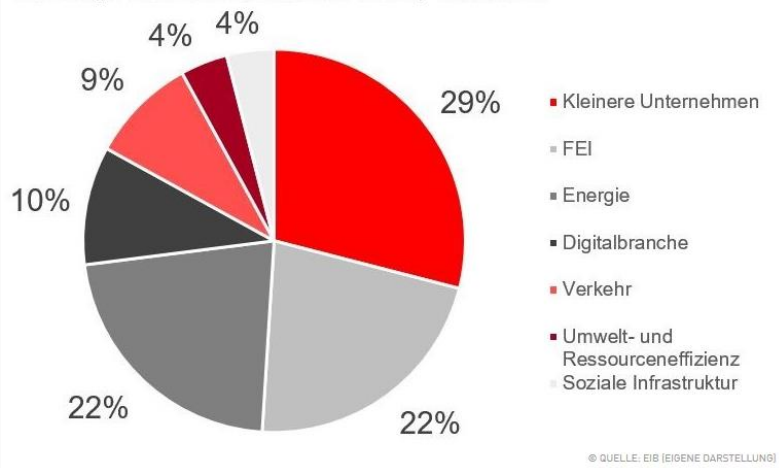
Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:  
eu@eu.austria.be

## EFSI 2.0 fördert Investitionen & Innovationen

Der EFSI 2.0 ist abgesegnet: Das Europäische Parlament hat am Dienstag der **Verordnung zur Verlängerung** und Verbesserung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (**EFSI**), dem Kernstück der Investitions-offensive für Europa, zugestimmt. „Die Entscheidung ist ein großer Erfolg für Europas KMU“, **begrüßte Ulrike Rabmer-Koller**, WKÖ-Vizepräsidentin und soeben wiedergewählte Präsidentin des Europäischen KMU- und Handwerksverbandes UEAPME. Die Verlängerung der EFSI-Laufzeit bis Ende 2020 ermöglicht eine Steigerung des Volumens des Fonds von 21 auf 33,5 Milliarden Euro. Insgesamt sollen über die Gesamtlaufzeit des Fonds Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Euro europaweit ausgelöst werden. Bisher dürften die genehmigten **EFSI-Projekte und Vereinbarungen** mehr als 250 Milliarden Euro an Investitionen mobilisieren und etwa 528.000 KMU in allen 28 Mitgliedstaaten unterstützen. Schätzungen der Europäischen Investitionsbank zufolge trägt der EFSI bis 2020 zur Schaffung von 700.000 Arbeitsplätzen bei und steigert das BIP der EU um 0,7 Prozent.

Die Initiative ist besonders wichtig für die Finanzierung von Investitionen und Innovationen in kleineren Unternehmen: Der EFSI bietet Finanzinstrumente in Form von Kreditbürgschaften und Eigenkapitalfinanzierung und unterstützt damit mehr als 500.000 KMU. „Mit der Verlängerung der Mittel werden weitere Gelder in Innovation, Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen fließen,“ so Ulrike Rabmer-Koller. Um die Wirkung des EFSI für europäische KMU noch zu steigern, fordert sie einen starken Fokus auf langfristige Finanzierungen und mehr Risikobereitschaft, um KMU zu helfen, den Aufschwung zu verstärken und zu verlängern.

Genehmigte EFSI-Investitionen nach Sektor, Stand Juli 2017



Quelle: wko.at

Der Blick auf die Liste der bisher geförderten Projekte zeigt, dass EFSI-Mittel in anderen europäischen Ländern bisher noch stärker als in Österreich in Anspruch genommen wurden. Bisher wurden insgesamt 12 Transaktionen u.a. in den Bereichen KMU, Energie und Forschung und Entwicklung im Wert von über 900 Millionen Euro für Österreich genehmigt, die Investitionen in von 2,8 Milliarden Euro auslösen sollen. Um mehr Mittel aus dem EFSI nach Österreich fließen zu lassen, müssen Kommunikation, Information und Beratung verstärkt werden. Zusätzliche Investitionsplattformen könnten es kleinen Projekten ermöglichen, am EFSI teilzunehmen.

Die Verlängerung von EFSI ist eine sinnvolle Maßnahme zur Mobilisierung privater Mittel für Investitionen. Die WKÖ fordert eine unbürokratische und einfache Abwicklung und klare und transparente Kriterien für die Projektauswahl. Neben verstärkter Beratung und technischer Hilfe bedarf es aber vor allem der entsprechenden europäischen und nationalen Rahmenbedingungen, die Anreize zu Investitionen verbessern. Hierzu zählen investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, der Bürokratieabbau auf europäischer und nationaler Ebene sowie Strukturreformen und eine glaubwürdige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den Mitgliedstaaten. (mehr Informationen: **EU Top Thema EFSI**).

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

### Inhaltsverzeichnis

### Serbien und Montenegro machen Fortschritte im Beitrittsprozess: jeweils zwei neue Kapitel eröffnet

Die EU-Beitrittskandidatenländer **Serbien** und **Montenegro** verzeichnen Fortschritte in ihren jeweiligen Beitrittsverhandlungen. Mit beiden Ländern wurden am Montag jeweils zwei neue Verhandlungskapitel eröffnet. In den Verhandlungen mit **Montenegro** wurden die Kapitel Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit eröffnet. Mit **Serbien** werden ab sofort auch die Kapitel Gesellschaftsrecht und Auswärtige Beziehungen verhandelt. Eine EU-Perspektive für die Balkanstaaten liegt auch im Interesse der österreichischen Wirtschaft.

### Informeller Kompromiss zum Vorschlag zur Grundqualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern erreicht

Die Richtlinie 2003/59/EG regelt die Anforderungen an die Grundqualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern von Lastkraftwagen und Bussen. Eine ex-post-Bewertung dieser Richtlinie hatte ergeben, dass sie in den Mitgliedstaaten ohne größere Probleme umgesetzt wurde. Jedoch wurden auch einige **Mängel** festgestellt; um diese zu beseitigen hatte die Kommission einen **Überarbeitungsvorschlag** vorgelegt. Beispielsweise sollte durch diese Änderung sichergestellt werden, dass die Weiterbildung von Berufskraftfahrern mindestens einen Kenntnisbereich im Zusammenhang mit der Straßenverkehrssicherheit umfasst und dass sich dieselben Kenntnisbereiche innerhalb derselben Ausbildung nicht wiederholen. Diese Woche wurde in den Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament und Präsidentschaft ein informeller Kompromiss erreicht, der beispielsweise die gegenseitige Anerkennung der in anderen Mitgliedstaaten erlangten Qualifikationen verbessern und Trainingsanforderungen modernisieren soll. Die formelle Bestätigung des informellen Kompromisses des Europäischen Parlaments als auch des Rates ist noch ausständig.

### Rat stimmt Fast-Track-Elementen des Bankenreformpakets endgültig zu

Am 7. Dezember hat der Rat der Ende Oktober erzielten Trilogieeinigung zu einzelnen Fast-Track-Elementen des Bankenreformpakets aus 2016 endgültig zugestimmt. Die Regeln der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) schaffen eine neue Gläubigerkategorie im Zusammenhang mit der Abwicklungsthematik und sehen damit einen EU-weit harmonisierten Ansatz vor. Die Übereinkunft zur Änderung der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV) und der Eigenkapitalverordnung (CRR) setzt die Implementierung des neuen Internationalen Rechnungslegungsstandards 9 (International Financial Reporting Standard, IFRS 9) vorzeitig um. Für **Großkredite** wurden des Weiteren eine Bestandschutzklausel und eine Auslaufphase vorgesehen. Die Regeln sollen **ab Anfang 2018 in Kraft** treten. Aufgrund der zeitlichen Komponente – der Internationale Rechnungslegungsstandard IFRS 9 gilt bereits ab 1.1.2018 – ist die Einigung zu begrüßen. Ebenso wurden am 7. Dezember im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht Änderungen der internationalen Aufsichtsstandards für Banken („Basel-III“) beschlossen. Da diese für ihre Einführung in der EU einer Änderung bestehender EU-Regelungen bedürfen, hat die Kommission bereits angekündigt, zu den Vorschlägen eine Konsultation starten sowie eine Folgenabschätzung durchführen zu wollen.

## Neues aus der Kommission

### Zwischenbilanz bei Struktur- und Investitionsfonds: Weitere Vereinfachungen notwendig

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch einen Bericht veröffentlicht, in dem sie eine Zwischenbilanz über die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) im laufenden Förderzeitraum 2014-2020 zieht. Laut Bericht war bis Oktober 2017 **insgesamt fast die Hälfte des Budgets** der Fonds für konkrete Projekte gebunden. Bis Ende 2016 hatten fast 793.500 Unternehmen Unterstützung erhalten und schätzungsweise 154.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Laut Bericht werden die **Möglichkeiten der Vereinfachung** im Rahmen der Kohäsionspolitik 2014-2020 zunehmend genutzt, nämlich Online-Verfahren bei der Verwaltung der Mittel („e-cohesion“), einfachere Antragsverfahren für Unternehmen („Single Entry Points“) und einfachere Verfahren für Begünstigte, Erstattungen von der EU zu verlangen.

Aus Sicht der **WKÖ** muss der **Fokus** der ESI-Fonds auch zukünftig auf der **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen** liegen. Besonders wichtig für österreichische Unternehmen ist die **Fortsetzung der Vereinfachungsbemühungen**, für welche sich die WKÖ auch aktiv im Zuge der derzeit laufenden Vorbereitungsarbeiten für neue Verordnungsvorschläge für die Periode post-2020 einsetzt. Diese sollen nach derzeitigem Stand nach der Vorlage des Vorschlages für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen post-2020 im Mai 2018 kommen. Die übermäßige Förderbürokratie konterkariert die Ziele der Fonds, weil die bürokratischen Anforderungen viele Akteure davon abhalten, Projekte einzureichen. Nach aktuellen Zahlen der Kommission hat **Österreich in der aktuellen Förderperiode knapp 30 Prozent der insgesamt verfügbaren Mittel abgerufen**.

Ansprechpartner: Martin Schmid

#### Inhaltsverzeichnis

### Kommission präsentiert zehn Initiativen für moderne und saubere Wirtschaft

Die Europäische Kommission hat diese Woche auf dem Pariser Gipfeltreffen „One Planet Summit“ **zehn Initiativen** für eine moderne und saubere Wirtschaft angekündigt. Die **Initiativen** betreffen weite Bereiche unter den Schlagwörtern **nachhaltiger Finanzsektor, Investitionsplanung, Saubere Energie, Strukturelle Unterstützung von Kohle und CO2-intensiven Regionen, Investitionen für Energieleistungen von Gebäuden oder saubere Industrietechnologien**. In diesem Zusammenhang möchte die Kommission beispielsweise nächstes Jahr im März 2018 einen Aktionsplan zu nachhaltigen Finanzmarktprodukten vorlegen. Zudem kündigte sie weitere Investitionen im Bereich Klimaschutz an.

Die Kommission sieht das Pariser Klimaschutzabkommen als Möglichkeit für EU-Unternehmen, ihre Vorreiterrolle bei der Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz und als Wettbewerber bei der Erschließung des Marktes für saubere Technologien weltweit zu erhalten und zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Als globalem Phänomen kann dem Klimawandel nur mit einer **globalen Lösung begegnet werden**. Das Pariser Klimaschutzabkommen ist ein Schritt in diese Richtung. Allerdings muss dafür Sorge getragen werden, dass auch andere Wirtschaftsregionen wie z.B. China oder die USA ein vergleichbares Ambitionsniveau an den Tag legen. Solange dies nicht der Fall ist, sind heimische Industrien vor der Carbon-Leakage-Gefahr (Abwanderung aus Europa in Drittstaaten auf Grund von einseitigen CO2-Kosten) abzuschirmen. Darüber hinaus braucht es aus Sicht



der **WKÖ** zusätzlich auch ein nationales Bekenntnis zur äußerst fortschrittlichen und effizienten österreichischen Industrie.

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

## Inhaltsverzeichnis

# Neues aus anderen Bereichen

## Neues interinstitutionelles Register zu Delegierten Rechtsakten Online

Dienstag ging ein **neues interinstitutionelles Register für Delegierte Rechtsakte online**. Um es der Öffentlichkeit und allen Interessierten **leichter zu machen, diesen Teil des EU-Gesetzgebungsprozesses zu verfolgen**, haben die drei Institutionen Rat, Parlament und Kommission ein neues gemeinsames **Online-Register** eingeführt. Darin sind delegierte Rechtsakte ausgehend von einem bestimmten Thema oder einer bestimmten Rechtsvorschrift auffindbar.

Das neue interinstitutionelle Register bietet eine **Übersicht der Etappen des jeweiligen Rechtsetzungsprozesses**. Die Nutzer können so den Werdegang von **delegierten** Rechtsakten von der Planung durch die Europäische Kommission bis zur Veröffentlichung im Amtsblatt verfolgen und auch **Benachrichtigungen über die Entwicklung spezifischer delegierter Rechtsakte abonnieren**. Das Register ist in sämtlichen Amtssprachen der EU verfügbar.

Delegierte Rechtsakte (Art. 290 AEUV) werden auf EU-Ebene zur Ergänzung oder Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen in EU-Rechtsvorschriften erlassen. Sie werden z.B. verwendet, um technische Anforderungen in bestehenden Rechtsvorschriften auf den neuesten Stand zu bringen. Parlament und Rat ermächtigen die Kommission, delegierte Rechtsakte auszuarbeiten, die ihnen dann vorgelegt werden, dabei können sie Entwürfe delegierter Rechtsakte auch ablehnen.

**Delegierte Rechtsakte können erhebliche Auswirkungen auf Unternehmen, insbesondere KMU, haben.** Daher ist aus Sicht der WKÖ **mehr Transparenz** im Hinblick auf die Entstehung von delegierten Rechtsakten zu **begrüßen**. Die neue interinstitutionelle Datenbank ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

## Inhaltsverzeichnis

## Einigung zu EU-Japan Wirtschaftsabkommen: Klares Bekenntnis zum Freihandel

Am 8. Dezember haben sich die EU und Japan auf den **Abschluss des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (WPA) geeinigt**. Bereits am 6. Juli hatte es dazu beim EU-Japan Gipfeltreffen eine **politische Grundsatzvereinbarung** gegeben. Danach fanden noch technische Verhandlungen zu einzelnen Detailfragen, wie beispielsweise der genaueren Ausgestaltung in den Bereichen Zölle sowie Dienstleistungen und bei den Bestimmungen zum Schutz geografischer Angaben, statt. Der **Investitionsschutzstandard** sowie die **Beilegung von Investitionsschutzstreitigkeiten** wurden vorerst aus dem Verhandlungspaket **ausgenommen**. Bei diesen wird **weiterverhandelt** und es soll bald zu einer Einigung kommen. Der Text des Abkommens wird nun in weiterer Folge rechtlich geprüft, bevor er in die einzelnen Amtssprachen der EU sowie ins Japanische übersetzt

wird. Danach müssen das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten diesem zustimmen. **Geplant ist, dass das Abkommen noch vor Ende der laufenden Amtsperiode der Kommission 2019 in Kraft tritt.**

Am 25. März 2013 hatten die **Verhandlungen der EU mit Japan** über ein Freihandelsabkommen offiziell begonnen. Japan ist nach China der zweitgrößte Handelspartner der EU – und auch Österreichs – in Asien. Die EU und Japan machen zusammen mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung der Welt aus. Die Kommission geht davon aus, dass durch das **Handelsabkommen mit Japan die Ausfuhren der EU um 32,7 Prozent und die Ausfuhren Japans um 23,5 Prozent steigen.** Des Weiteren könnten bis zu 420.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der EU geschaffen werden. Die **aktuellen österreichischen Exportzahlen** weisen für das Jahr 2016 österreichische Exporte von 1,33 Milliarden Euro sowie Importe aus Japan in Höhe von zwei Milliarden Euro aus.

Weniger erfolgreich lief währenddessen die **elfte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO)** vom 10. bis 13. Dezember in Buenos Aires ab, bei der keine nennenswerten Ergebnisse erzielt wurden. Auch die Verhandlungen zu einem **Freihandelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten** laufen mangels Abschlusses weiter.

Gerade für Österreich als kleines, exportorientiertes Land ist die Einigung mit Japan sehr positiv zu bewerten, damit unsere Wirtschaft weiter wachsen kann. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen werden von diesem Abkommen besonders profitieren. Außerdem wird es bestehende Arbeitsplätze absichern und neue Jobs schaffen. **Für die WKÖ ist klar: Gut gemachte Abkommen können die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im internationalen Handel verbessern.**

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

#### Inhaltsverzeichnis

### Trilogieeinigung zur Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente

Nach längeren Verhandlungen haben sich das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission am 5. Dezember im **Trilog** auf die Regeln zur **Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU geeinigt.** Bereits im **April 2013** hatte die Kommission den entsprechenden **Vorschlag** veröffentlicht. Das Europäische Parlament hatte seinen **Standpunkt** im Jahr 2014 festgelegt. Der Rat folgte im Dezember 2016 mit einer **gemeinsamen Verhandlungsposition.**

Vorgesehen ist unter anderem eine **eng begrenzte Abweichung von der sogenannten Regel des niedrigeren Zolls (Lesser Duty Rule).** Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei signifikanten Rohmaterialverzerrungen höhere Zölle auf Einfuhren von Ländern zu erheben. Des Weiteren soll die **Transparenz und Vorhersehbarkeit bei der Einführung vorläufiger Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen verbessert** werden, beispielsweise durch die Schaffung eines Frühwarnsystems für Unternehmen. KMU soll durch die Einführung eines Helpdesks zusätzliche Hilfestellung geboten werden. Einführern wird es auch möglich sein, Zölle, die während einer Auslaufüberprüfung eingehoben werden, rückerstattet zu bekommen, falls die Handelsschutzmaßnahmen nicht aufrecht bleiben. Das Europäische Parlament und der Rat müssen dem Trilogergebnis nun noch offiziell zustimmen.

Die **WKÖ unterstreicht die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von wirksamen und effektiven Handelsschutzinstrumenten als Schutz vor unfairen Handelspraktiken.** Dies dient dem Schutz und der Förderung des Wirtschaftsstandortes Österreich und der Abwehr von Schaden von der österreichischen Wirtschaft. Insgesamt ist das Ergebnis der Trilogieeinigung **durchwachsen** zu bewerten. Hinsichtlich der derzeitigen Regelung sind klare Verbesserungen bei der Verfahrensbeschleunigung, Transparenz und der Unterstützung für KMU zu erkennen. Die Lesser Duty Rule hat bisher erfahrungsgemäß effektiv funktioniert und stellt einen Ausgleich zwischen Produzenten- und Verwenderinteressen dar. Die WKÖ unterstützt die

Nichtanwendung der Lesser Duty Rule daher nur in besonderen Ausnahmefällen. Das Vorliegen solcher schwerwiegenden Voraussetzungen muss allerdings nachvollziehbar, beweisbar und bewiesen sein. **Insgesamt bedürfen einige Punkte noch einer weiteren Klarstellung.**

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

## Inhaltsverzeichnis

# Neues aus den Verbänden

## EUROCHAMBRES People Committee: Zukunft der Berufsbildung im Zentrum der Diskussionen

Am Dienstag fand unter dem Vorsitz von Martha Schultz, Vizepräsidentin der WKÖ und von EUROCHAMBRES, das „People-Committee“ in Brüssel statt, in welchem bildungs- und sozialpolitische Themen behandelt werden. Die externen Sprecherinnen aus Kommission und seitens des estnischen Vorsitzes tauschten sich mit den über 20 Teilnehmern in spannenden Diskussionen über **aktuelle politische Entwicklungen im Bereich der beruflichen Bildung** aus. In deren Zentrum standen insbesondere der **Kommissionsvorschlag** für eine „Ratsempfehlung für einen Europäischen Rahmen für hochwertige und nachhaltige Berufsausbildungen“ sowie das Thema „Zukunft von Kompetenzen und die Rolle der Berufsbildung im Wandel“, welches vor kurzem im Bildungsministerrat diskutiert wurde.



Seitens der **Kommission** gab Dana Bachmann, Leiterin der Abteilung für berufliche Bildung, Generaldirektion Beschäftigung einen **Überblick über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte** der Institution. Die Vertreterin des estnischen Vorsitzes ließ ihre **Arbeit im Bildungsbereich Revue** passieren. Besonders erfreulich ist aus WKÖ-Sicht, dass **2018 das Hauptevent der ‚European Vocational Skills Week‘ im November in Wien** stattfinden



wird. Eines der Veranstaltungs-Highlights in diesem Zusammenhang wird die **Konferenz anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Europäischen Ausbildungsallianz** sein, in welcher sich die WKÖ von Anfang an engagiert hat.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

## Inhaltsverzeichnis

# Statistik der Woche

## Daten und Fakten beschreiben Globalisierung von Handels- und Investitionstätigkeiten



© eurostat

Die neue Veröffentlichung „**Globalisation patterns in EU trade and investment**“ von eurostat liefert Fakten und Zahlen zur Globalisierung. Sie präsentiert **Statistiken, die die Handels- und Investitionstätigkeiten der Europäischen Union mit wichtigen Wirtschaftspartnern vergleichen**. Ein Schwerpunkt liegt auf den EU-Mitgliedstaaten, wobei der internationale Handel mit Waren und Dienstleistungen, ausländische Direktinvestitionen sowie die Struktur und Führung von Auslandsunternehmenseinheiten analysiert werden.

Die EU war 2016 weltweit der **zweitgrößte Aus- und Einführer von Waren**: 16 Prozent der weltweiten Ausfuhren und 15 Prozent der weltweiten Einfuhren entfielen auf die EU. Nur China – mit einem Anteil von 17 Prozent am weltweiten Handelsvolumen – exportierte noch mehr, die Vereinigten Staaten standen mit 18 Prozent des weltweiten Volumens bei den Einfuhren an erster Stelle. Die Publikation rundet **Informationen über Pilotstudien zu Veränderungen im Verhalten von Unternehmen in globalisierten Märkten** ab. Es wird aufgezeigt, dass die Industrie in der EU die internationale Beschaffung (sourcing) stärker nutzt als der Dienstleistungsbereich. Zudem lagern EU-Unternehmen Unterstützungsdienstleistungen eher aus als Tätigkeiten in Kernbereichen.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

## Inhaltsverzeichnis

## Jobs + Jobs + Jobs

### EMSA sucht Procurement Officer und Finance and Budget Officer

Die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) mit Sitz in Lissabon sucht:

**Project Officer for Application Development (AD5)**  
Temporary Agent, Ref.: EMSA/AD/2017/21

Bewerbungen sind bis zum 7. Januar 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

### Europäische Chemikalienagentur sucht IT Officer

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) mit Sitz in Helsinki sucht:

**Contract Agent (M/F) - IT Officer**  
Ref.: ECHA/CA/III/2017/006, Grade: FG III, Bewerbungen ausschließlich online bis 15. Januar 2018, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

### SRB sucht Facilities Management Assistant

Die Europäische Abwicklungsbehörde für die Bankenunion (SRB) sucht:

**Facilities Management Assistant**  
Grade: AST 3, Ref.: SRB/AST/2017/001

Bewerbungen sind bis zum 22. Januar 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

#### Inhaltsverzeichnis

## EU-Agenda

### Sitzung der Europäischen Kommission

Die voraussichtlichen Themen der 2237. Sitzung am 20. Dezember 2017:

#### Politikkoordination

Empfehlung für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich zur Festlegung der Modalitäten seines Rückzugs aus der Europäischen Union

## Grundrechte / Migration / Inneres

Mitteilung: Stand der Nicht-Gegenseitigkeit in Bezug auf bestimmte Drittländer im Bereich der Visumpolitik und mögliche diesbezügliche Möglichkeiten sowie Bewertung der Wirksamkeit des Gegenseitigkeitsmechanismus

Erster Bericht im Rahmen des Aussetzungsmechanismus für Visa

## Finanzstabilität / Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion / Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit

Vorschlag für eine Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen

Vorschlag für eine Richtlinie über die Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen

Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2016/97 hinsichtlich des Datums der Anwendung der Umsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten

## Euro und Sozialer Dialog / Beschäftigung, Soziales, Mobilität der Arbeitnehmer

Vorschlag für eine Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union

## Beschäftigung, Wachstum, Investition und Wettbewerbsfähigkeit / Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

Mitteilung: Vertrauen in den Binnenmarkt aufbauen

Vorschlag für eine Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in den Verkehr gebracht werden

Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung von Regeln und Verfahren für die Einhaltung und Anwendung der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union

Bericht über die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 zur Festlegung der Anforderungen für die Marktüberwachung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates.

## Ausschüsse des Europäischen Parlaments

Nächste Ausschusswoche: 8. Januar 2018.

### Inhaltsverzeichnis

## Tagungen des Rates

### 18. Dezember Verkehr, Telekommunikation und Energie

Paket „Saubere Energie“

- Verordnung über das Governance-System der Energieunion

- Richtlinie über Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung)
- Verordnung über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)
- Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), Allgemeine Ausrichtung

#### Sonstiges

- Energiepolitische Außenbeziehungen, Informationen der Kommission
- Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes, Informationen der bulgarischen Delegation

### Inhaltsverzeichnis

## Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle kommender Woche:

### 20. Dezember **Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C 434/15 Asociación Profesional Elite Taxi**

#### Uber in Spanien

Die Asociación Profesional Élite Taxi, eine Taxifahrervereinigung in Barcelona, hat Uber Systems Spain vor dem Handelsgericht Barcelona Nr. 3 auf Unterlassung verklagt. Sie ist der Meinung, dass Uber unlauteren Wettbewerb betreibt, weil weder Uber selbst noch die Privatleute, die im Rahmen des Dienstes „Uber Pop“ mit ihren eigenen Autos Beförderungen anbieten, die nötigen Lizenzen und Genehmigungen gemäß der Taxi-Verordnung des Verkehrsverbands von Barcelona besäßen. Uber hingegen macht geltend, dass das Unternehmen keine genehmigungspflichtigen Verkehrsdienstleistungen anbiete, sondern genehmigungsfreie Dienstleistungen der Informationsgesellschaft. Das Handelsgericht Barcelona Nr. 3 hat den Gerichtshof in diesem Zusammenhang um Auslegung der Richtlinie 2006/123 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, der Richtlinie 98/34 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften sowie der Richtlinie 2000/31 über den elektronischen Geschäftsverkehr ersucht. Es möchte insbesondere wissen, ob die von Uber gewerbsmäßig ausgeübte Vermittlungstätigkeit als eine reine Verkehrsdienstleistung oder als Dienstleistung der Informationsgesellschaft anzusehen ist.

#### Weitere Informationen

### Inhaltsverzeichnis

### 20. Dezember **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 102/16 Vaditrans**

#### Wöchentliche Ruhezeiten für Fahrer

In Belgien ist es Fahrern verboten, die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit im Fahrzeug zu verbringen. Für den Fall der Zuwiderhandlung ist eine Geldbuße von 1 800 Euro vorgesehen. Das belgische Speditionsunternehmen Vaditrans hat beim belgischen Staatsrat beantragt, diese Regelung für nichtig zu erklären. Der Staatsrat möchte nun



vom Gerichtshof u.a. wissen, ob nach der EU-Verordnung Nr. 561/2006 zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr die regelmäßigen wöchentlichen Ruhezeiten nicht im Fahrzeug verbracht werden dürfen.

#### Weitere Informationen

20. Dezember

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 442/16 Gusa

#### Arbeitslosenunterstützung für zuvor selbständig tätige EU-Bürger?

Herr Gusa aus Rumänien zog im Jahr 2007 nach Irland. Anfangs wurde er von seinen dort lebenden Kindern finanziell unterstützt, dann arbeitete er etwa vier Jahre lang als selbständiger Gipser. Als er angesichts ausbleibender Aufträge seine Tätigkeit einstellen musste, beantragte er bei den irischen Behörden Arbeitslosenunterstützung. Diese wurde ihm mit der Begründung verwehrt, dass er wegen der Einstellung seiner selbständigen Tätigkeit sein unionsrechtliches Aufenthaltsrecht verloren habe und folglich die für die Unterstützung verlangte Voraussetzung des gewöhnlichen Aufenthalts in Irland nicht mehr erfülle. Gegen diesen ablehnenden Bescheid hat Herr Gusa Klage vor den irischen Gerichten erhoben. Der irische Court of Appeal möchte in diesem Zusammenhang vom Gerichtshof u.a. wissen, ob nach der Unionsbürger-Richtlinie 2004/38 einem selbständig tätigen Unionsbürger, der seine Tätigkeit wegen ausbleibender Aufträge nach etwa vier Jahren einstellt, seine Eigenschaft als Selbständiger erhalten bleibt, so dass er weiterhin kraft Unionsrecht aufenthaltsberechtigt ist.

#### Weitere Informationen

### Inhaltsverzeichnis

## Ausgewählte laufende Konsultationen

### Beschäftigung und Soziales

Öffentliche Konsultation über mögliche EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen beim Zugang zum Sozialschutz

20.11.2017 - 15.01.2018

Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde, Initiative für eine europäische Sozialversicherungsnummer

27.11.2017 - 07.01.2018

### Bank- und Finanzwesen

Öffentliche Konsultation zur Eignungsprüfung der Aufsichts-Berichterstattung

01.12.2017 - 28.02.2018

Pflichten von institutionellen Anlegern und Vermögensverwaltern im Hinblick auf Tragfähigkeit

13.11.2017 - 22.01.2018

## Binnenmarkt, Unternehmertum und KMU, Industrie

Öffentliche Konsultation zu ergänzenden Schutzzertifikaten (SPC) und patentrechtlichen Forschungsprivilegien

12.10.2017 - 04.01.2018

## Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Öffentliche Konsultation zu Fake News und online verbreiteter Desinformation

13.11.2017 - 23.02.2018

## Energie

Öffentliche Konsultation zur Bewertung und Überprüfung des EU-Reifenkennzeichnungssystems

10.10.2017 - 08.01.2018

## Europäische Nachbarschaftspolitik / EU-Erweiterung

Öffentliche Konsultation zur Thematischen Evaluierung der Unterstützung für die Reform der öffentlichen Verwaltung im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments

06.11.2017 - 12.02.2018

## Grenzen und Sicherheit

Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Verordnung über Ausgangsmaterialien für Explosivstoffe

06.12.2017 - 14.02.2018

Öffentliche Konsultation über einen breiteren Zugang zu zentralen Bankkontenregistern für Strafverfolgungsbehörden

17.10.2017 - 09.01.2018

## Justiz und Konsumenten

Öffentliche Konsultation zur Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen in der EU (Überarbeitung der Verordnung (EG) 1393/2007 über die Zustellung von Schriftstücken und der Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 über die Beweisaufnahme)

08.12.2017 - 02.03.2018

## Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt, Unternehmen und Industrie

Bewertung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel

07.12.2017 - 01.03.2018

Entscheidungen über die Methoden zur Festlegung eines Verzeichnisses der Sektoren und Teilsektoren, von denen angenommen wird, dass sie einem erheblichen Risiko einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgesetzt sind, für den Zeitraum 2021-2030

20.11.2017 - 12.02.2018

## Inhaltsverzeichnis

Heavy-Duty Vehicles (HDV) CO2-Emissionsnormen  
20.11.2017 - 29.01.2018

## Lebensmittelsicherheit

Öffentliche Konsultation zur Initiative zur Begrenzung des Verzehrs von industriellen Transfettsäuren in der EU (DE)  
17.11.2017 - 09.02.2018

Öffentliche Konsultation zur REFIT-Evaluierung der EU-Rechtsvorschriften über Pflanzenschutzmittel und Pestizidrückstände  
13.11.2017 - 12.02.2018

## Mobilität und Transport

Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Eisenbahnsicherheit für Passagiere  
08.12.2017 - 16.02.2018

## Steuern

Faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft  
26.10.2017 - 03.01.2018

## Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, Bodenqualität, Abfallvermeidung und Wiederverwertung

Öffentliche Konsultation über Arzneimittel in der Umwelt  
22.11.2017 - 21.02.2018

## Verkehr

Öffentliche Konsultation über elektronische Dokumente für den Güterverkehr  
25.10.2017 - 18.01.2018

Öffentliche Konsultation zu Meldeformalitäten für Schiffe (Single-Window-Umfeld für den Europäischen Seeverkehr)  
25.10.2017 - 18.01.2018

Öffentliche Konsultation zu Spezifikationen für kooperative intelligente Verkehrssysteme  
10.10.2017 - 05.01.2018

## Inhaltsverzeichnis